

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

UNGLEICHE DEMOKRATIEN: WER SITZT (NICHT) IM PARLAMENT?

Die soziale Zusammensetzung der Parlamente
in fünf OSZE-Ländern

Lea Elsässer und Armin Schäfer
Juni 2022



Die Studie untersucht die soziale Zusammensetzung der aktuellen Parlamente in fünf Ländern (Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien, Türkei) nach Geschlecht, Alter, Bildung und sozialer Klasse.



Frauen sind zu weniger als 50 Prozent repräsentiert, das Ausmaß der Unterrepräsentation unterscheidet sich aber stark zwischen den Ländern. Zudem sind jüngere Menschen unterrepräsentiert.



Die stärkste Homogenität zeigt sich bei Bildung und sozialer Klasse. Der Anteil der Akademiker_innen liegt bei über 85 Prozent, während Arbeiter_innen und mittlere Dienstklassen nur sehr selten im Parlament sind. Aktuelle Forschung legt nahe, dass diese Unterrepräsentation zu einer mangelnden Wahrnehmung ihrer Perspektiven im politischen Prozess führen kann.

Inhalt

EINLEITUNG	2
1 DIE AUSWIRKUNGEN DESKRIPTIVER REPRÄSENTATION	4
2 DATENGRUNDLAGE UND METHODEN	6
Fallauswahl	6
Datensatz	7
3 AUSWERTUNG	9
4 FAZIT	16
Referenzen	18

EINLEITUNG

Die meisten Parlamente reicher Industrienationen sind heute weiblicher und weniger ‚weiß‘ als noch vor einigen Jahrzehnten. Zahlreiche Organisationen, soziale Bewegungen und parteiinterne Gruppierungen haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen zu erhöhen. Diese Prozesse sind noch lange nicht abgeschlossen und vielerorts ist die Unterrepräsentation noch immer eklatant – in der Tendenz jedoch steigt die politische Inklusion. Zur gleichen Zeit hat sich ein anderer Trend vollzogen, der auf eine zunehmende Ex- statt Inklusion in legislativen Organen hinweist: So ist in den letzten Jahrzehnten eine »Akademisierung« der politischen Elite zu beobachten (Best 2007; Bovens / Wille 2017), die mit einem generellen Rückzug sozial weniger privilegierter Schichten aus dem politischen Prozess einhergeht (Schäfer 2015). Während im letzten Deutschen Bundestag beispielsweise über 85 Prozent der Abgeordneten studiert hatten, hatten gerade einmal 9 von 709 Mitgliedern eine handwerkliche Ausbildung absolviert. Arbeiter_innen sind in den Parlamenten kaum noch zu finden.

Sozialdemokratischen und anderen linken Parteien kommt bei dieser Entwicklung eine besondere Rolle zu, da es in der Vergangenheit vor allem diese Parteien waren, die Arbeiter_innen als Abgeordnete in die Parlamente entsandten. In Großbritannien übten Anfang der 1960er-Jahre noch 35 Prozent aller Labour-Abgeordneten vor ihrem Einzug ins Parlament einen manuellen Beruf aus, während es 2010 nur noch knapp unter zehn Prozent waren (Heath 2018). Ähnliche Trends zeigen sich in anderen Ländern (Best 2007). Die beruflichen Hintergründe der Abgeordneten haben sich zudem noch in anderer Weise verändert. So ist für einzelne Länder gezeigt worden, dass immer mehr Abgeordnete fast ihr gesamtes Berufsleben vor dem Eintritt ins Parlament in politiknahen Berufen verbracht haben. Diese »Karriere-Politiker_innen« bringen somit kaum eigene Erfahrungen aus einem beruflichen Arbeitsalltag jenseits von Partei- oder politischer Referententätigkeit mit und sind gleichzeitig in hohem Maße abhängig von einer erfolgreichen politischen Karriere (O’Grady 2019).

Welche Auswirkungen aber hat es auf den demokratischen Prozess, wenn bestimmte soziale Gruppen fast vollständig aus dem politischen Entscheidungsfindungsprozess ausgeschlossen, andere dagegen stark überrepräsentiert sind? Die Frage nach den Auswirkungen (mangelnder) deskripti-

ver Repräsentation wird schon seit Langem in der politischen Theorie diskutiert.¹ In jüngster Zeit werden die theoretischen Argumente für eine stärkere »Politik der Anwesenheit« (Phillips 1995) durch Befunde aus der empirischen Politikwissenschaft bestärkt. Wie neuere Forschungsarbeiten zeigen, bleibt die mangelnde deskriptive Repräsentation unterer Einkommens- und Berufsgruppen nicht folgenlos. Vielmehr zeigen verschiedene Studien, dass darunter auch die substantielle Repräsentation ihrer Interessen leidet. So weisen Abgeordnete aus der Arbeiterschicht bei wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen tendenziell linkere Einstellungen auf und setzen sich häufiger für progressive Wirtschafts- und Sozialpolitik ein als ihre Parteikolleg_innen mit anderem sozialen Hintergrund – unabhängig von der Parteizugehörigkeit (Borwein 2021; Carnes 2012; O’Grady 2019; Hemingway 2020). Das dahinterliegende Argument ist, dass die (berufliche) Sozialisation stark die eigenen politischen Überzeugungen und Perspektiven darauf prägt, was als politisches Problem wahrgenommen wird (Kitschelt / Rehm 2014). Damit bestätigen diese Befunde, was in Bezug auf Frauen und von Rassismus betroffene Gruppen bereits seit Längerem stärker erforscht ist: Wer in den Parlamenten vertreten ist, hat auch Auswirkungen darauf, was entschieden wird.

Vor diesem Hintergrund hat die folgende Analyse zum Ziel, die Zusammensetzung ausgewählter Parlamente im OSZE-Raum anhand verschiedener sozialer Merkmale näher zu untersuchen. Während die Datenlage in Bezug auf die Zusammensetzung der Parlamente nach Geschlecht oder Alter bereits relativ gut ist, wird vor allem die sozio-ökonomische Stellung der Abgeordneten nur selten systematisch erfasst. Der Bericht fokussiert auf die Länder Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien und die Türkei und erfasst neben Alter und Geschlecht auch den höchsten Bildungsabschluss und die soziale Klasse – gemessen anhand des vor Eintritt ins Parlament ausgeübten Berufes der Abgeordneten.² So ist es

¹ Von deskriptiver Repräsentation spricht man, wenn die Abgeordneten wichtige (äußere) soziale Merkmale und Erfahrungen mit den Repräsentierten teilen.

² Leider war es nicht möglich, Merkmale wie Migrationsgeschichte oder Ähnliches zu erheben, um potenziell von Rassismus betroffene Gruppen zu erfassen. Dies lag maßgeblich daran, dass für die Datenerhebung auf öffentliche Quellen wie Parlamentsseiten und Internetauftritte der Abgeordneten und nicht auf persönliche Befragungen zurückgegriffen wurde.

möglich, ein umfassendes Bild zu erhalten und Unterschiede und Gemeinsamkeiten über regional und institutionell verschiedene Länder herauszuarbeiten. Während die Parlamente der untersuchten Länder insbesondere in Bezug auf den Anteil der vertretenen Frauen erhebliche Unterschiede aufweisen, sind sie sich hinsichtlich der sozio-ökonomischen Stellung der Abgeordneten deutlich ähnlicher. So sind Menschen mit mittlerer und niedriger formaler Bildung in allen Ländern stark unterrepräsentiert, wohingegen Akademiker_innen mehr als 85 Prozent der Abgeordneten stellen. Ebenso stark sind Arbeiter_innen – sowohl aus dem Produktions- als auch aus dem Dienstleistungsbereich – sowie Menschen aus der mittleren Dienstklasse unterrepräsentiert, wobei der Blick auf die Erwerbsklassen ein differenzierteres Bild als die bloße Betrachtung von Bildungsabschlüssen erlaubt. So unterscheidet sich die Zusammensetzung der Abgeordneten aus der oberen Dienstklasse (akademische Berufe) im Ländervergleich: Während in der Türkei beispielsweise ein großer Anteil aus Unternehmer_innen und freien Berufen besteht, ist der Anteil der soziokulturellen Expert_innen (akademische Berufe bspw. im Bildungs- und Sozialwesen) in Polen besonders hoch. Zudem sind Arbeiter_innen nicht nur in allen Parlamenten, sondern auch in allen Parteien unterrepräsentiert. Insgesamt legen die Befunde nahe, dass die Unterrepräsentation von Menschen aus sozial weniger privilegierten Klassen ein länderübergreifendes Phänomen ist, dem in Zukunft sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Debatte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

1

DIE AUSWIRKUNGEN DESKRIPTIVER REPRÄSENTATION

Nach dem gängigen Verständnis von politischer Repräsentation ist es die Kernaufgabe politischer Repräsentant_innen, die Anliegen der Bevölkerung bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und somit responsiv in ihrem Sinne zu handeln (Pitkin 1967: 209). Diesem Verständnis nach lässt sich nicht allein von der numerischen Stärke unterschiedlicher sozialer Gruppen auf die Qualität der Repräsentation schließen. Nicht *wer* repräsentiert, ist entscheidend, sondern *wie* dies geschieht. Für Wähler_innen zähle, so die Annahme, dass ihre Interessen vertreten werden, ganz gleich durch wen dies geschehe (siehe hierzu die Diskussion bei Griffiths / Wollheim 1960). Doch dieses Verständnis politischer Repräsentation wird zunehmend durch normative und empirische Forschung herausgefordert. Unter dem Stichwort der »Politik der Anwesenheit« (Phillips 1995) wird diskutiert, ob und falls ja, welchen Gruppen eine Repräsentation im Parlament garantiert werden sollte, damit ihre Anliegen ausreichend Gehör finden und der demokratische Gleichheitsanspruch gewahrt wird. Obwohl Befürworter_innen von deskriptiver Repräsentation manche Einwände gegen eine perfekte spiegelbildliche Abbildung der Bevölkerung im Parlament teilen, beharren sie dennoch darauf, dass es nicht gleichgültig sei, wie sich ein Parlament zusammensetze.

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist, dass bestimmte soziale Gruppen aufgrund historisch bedingter struktureller Diskriminierung politisch schlecht repräsentiert werden, was sich unter anderem in der bis heute anhaltenden numerischen Unterrepräsentation in legislativen Organen zeigt (Mansbridge 1999; Williams 1998). Weil Angehörige dieser Gruppen (Diskriminierungs-)Erfahrungen teilen, die privilegierte Gruppen so nicht kennen, unterscheiden sich deren politische Perspektiven und Positionen in relevanten Fragen. Aus diesem Grund führt eine erhöhte Repräsentation nicht nur zu »symbolischer« Repräsentation, sondern ermöglicht auch die Inklusion vormals ignorerter Perspektiven (Mansbridge 1999; Phillips 1995). Wenn es beispielsweise mehr weibliche Abgeordnete gäbe, stiege die Wahrscheinlichkeit, so die Annahme, dass politische Entscheidungen responsiver gegenüber den Belangen von Frauen wären, selbst wenn die im Parlament vertretenen Frauen unterschiedlichen Parteien angehörten. Dabei wird ausdrücklich nicht unterstellt, dass das Geschlecht alle sonstigen Unterschiede in den Hintergrund drängt, sondern lediglich angenommen, dass Frauen in manchen Fragen ähn-

liche Perspektiven einnehmen und/oder Themen auf die politische Tagesordnung bringen, die andernfalls nicht berücksichtigt würden.

Forschungsarbeiten, die sich empirisch mit der Frage auseinandersetzen, welche Auswirkungen die soziale Zusammensetzung der Parlamente auf die dort getroffenen Entscheidungen hat, stützen diese Argumente. Dabei sind in den letzten Jahren besonders viele Arbeiten veröffentlicht worden, die sich mit den Effekten einer erhöhten parlamentarischen Repräsentation von Frauen beschäftigen (Wängnerud 2009). Diese Studien legen nahe, dass sich weibliche Abgeordnete in bestimmten Themenfeldern sowohl in ihren Einstellungen als auch in den Prioritäten ihrer parlamentarischen Arbeit signifikant von ihren männlichen Kollegen unterscheiden – so setzen weibliche Abgeordnete häufiger Prioritäten auf Themen, die Frauen stärker betreffen als Männer, wie zum Beispiel Pflege- und Sorgearbeit, (Frauen-)Gesundheit oder Gewalt gegen Frauen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es dazu noch keine ausformulierten Parteipositionen gibt (Espírito-Santo et al. 2020; Heidar / Pedersen 2006; Wängnerud / Sundell 2012). Daneben sind auch auf Ebene der verabschiedeten Politikinhalte systematische Unterschiede zwischen Parlamenten mit mehr bzw. weniger weiblichen Abgeordneten feststellbar (Elsässer / Schäfer 2018; Funk / Philips 2019; Wängnerud / Sundell 2012). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Studien, die sich mit der Repräsentation von Minderheiten beschäftigen, die in der jeweils untersuchten Gesellschaft Rassismuserfahrungen machen (vgl. u.a. Owens 2005; Baker/Cook 2005; Broockman 2013).

Erst in jüngster Zeit sind ähnliche Studien auch zu der Frage entstanden, ob Abgeordnete aus sozial und ökonomisch weniger privilegierten Verhältnissen sich stärker für die Belange unterer Einkommens- und Berufsgruppen einsetzen. Diese Studien sind stark von den Befunden motiviert, dass in vielen Ländern eine zunehmende politische Marginalisierung unterer sozialer Klassen feststellbar ist, was zum einen in einer abnehmenden politischen Beteiligung, aber auch in einer systematischen Verzerrung politischer Entscheidungen zulasten ihrer Anliegen und politischen Präferenzen feststellbar ist (Gilens / Page 2014; Elsässer et al. 2021; Schakel 2021). Vor diesem Hintergrund haben verschiedene Forscher_innen für die USA und einzelne europäische und lateinamerikanische Länder untersucht, ob Abgeordnete aus

Arbeiterberufen systematisch andere Einstellungen und Prioritäten oder ein anderes (Abstimmungs-)Verhalten in der parlamentarischen Arbeit aufweisen. Für die USA weist Carnes (2013) nach, dass Abgeordnete aus der Arbeiterklasse in ihren politischen Vorstellungen, beispielsweise in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik, von denen bessergestellter Gruppen abweichen. Sie setzen sich für andere Politiken ein und stimmen teilweise anders ab – allerdings gelingt es diesen Abgeordneten aufgrund ihrer geringen Anzahl im Kongress nicht, politische Entscheidungen nennenswert zu beeinflussen (Carnes 2013: 83). Der Blick auf südamerikanische Länder und eine vertiefende Fallstudie zu Argentinien bestätigten das Muster, wonach sich Parlamentarier_innen aus der Arbeiterklasse für andere Ziele einsetzen, selbst wenn das Abstimmungsverhalten in parlamentarischen Systemen am Ende stärker durch Parteizugehörigkeit als soziale Herkunft bestimmt wird (Carnes 2015; Barnes / Saxton 2019).

In einer ländervergleichenden europäischen Studie zeigt Hemingway (2020), dass Abgeordnete aus der Arbeiterklasse sich stärker gegen ökonomische Ungleichheit aussprechen und häufiger angeben, in ihrer parlamentarischen Arbeit Kontakt zu Arbeitnehmerorganisationen wie etwa Gewerkschaften zu haben. Für Deutschland verdeutlichen Hayo und Neumeier (2012), dass sich die Ausgabenprioritäten zwischen den Bundesländern systematisch unterscheiden, wenn die Ministerpräsident_innen unterschiedlichen sozialen Klassen angehören. Schließlich kann O’Grady (2019) anhand einer Auswertung von Parlamentsreden nachweisen, dass Abgeordnete im britischen Unterhaus je nach sozialer Herkunft unterschiedliche Positionen hinsichtlich Sozialstaatsreformen einnehmen. Die seit den 1980er-Jahren rasch abnehmende deskriptive Repräsentation von Arbeiter_innen und ihre Ersetzung durch »Karrierepolitiker_innen« hat den Umbau des britischen Sozialstaats begünstigt. Obwohl es bislang nur eine Handvoll Studien gibt, die sich mit den Auswirkungen ungleicher deskriptiver Repräsentation sozialer Klassen auseinandersetzen, weisen die vorliegenden Ergebnisse darauf hin, dass auch in dieser Hinsicht das »Wer« nicht ohne Folgen für politische Entscheidungen bleibt.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse untersuchen wir im Folgenden, wie die Parlamente in den fünf ausgewählten Ländern mit Blick auf Alter, Geschlecht, Bildung und soziale Klasse zusammengesetzt sind.

2

DATENGRUNDLAGE UND METHODEN

FALLAUSWAHL

Unsere Untersuchung umfasst die Länder Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien und die Türkei. Für jedes dieser Länder wurden für die aktuelle Legislaturperiode die sozialen Hintergründe der Abgeordneten des nationalen Parlaments erhoben. Die Auswahl der Länder erfolgte mit der Zielsetzung, OSZE-Staaten aus verschiedenen Regionen und mit unterschiedlicher institutioneller Ausgestaltung – insbesondere in Bezug auf die Wahlsysteme – abzudecken. Aus der bestehenden Forschung zu deskriptiver Repräsentation von Frauen ist beispielsweise bekannt, dass die Art des Wahlrechts einen Einfluss auf die Anzahl von weiblichen Abgeordneten hat. So sind sie in

Systemen mit Verhältniswahlrecht und Listenwahl tendenziell besser repräsentiert, da eine Aufstellung der Kandidat_innen über Listen es eher ermöglicht, (in-)formelle Regeln zu Proporzen umzusetzen (Fortin-Rittberger et al. 2017; Kroeber et al. 2019).

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, Länder mit unterschiedlichen Wahlsystemen in die Untersuchung aufzunehmen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten zu können. Mit Frankreich und Großbritannien umfasst die Studie zwei Länder mit (absolutem und relativem) Mehrheitswahlrecht und drei Länder mit Verhältniswahlrecht (Spanien, Polen und die Türkei). Daneben spielt auch die parteipolitische Zusammensetzung der Parlamente eine

Abbildung 1 **Vereinfachte parteipolitische Zusammensetzung der Parlamente**



Rolle, da die ideologische Ausrichtung der Parteien auch die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft – und damit auch die der Kandidat_innen – beeinflussen kann (Matthews / Kerevel 2021). Auch in dieser Hinsicht zeichnen sich die ausgewählten Länder durch eine große Vielfalt aus: Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, dominieren in Frankreich, Großbritannien und der Türkei Mitte-rechts-Parteien, wohingegen in Spanien die sozialdemokratische PSOE und in Polen die rechtspopulistische Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) die stärksten Fraktionen stellen. Falls es unterschiedliche Rekrutierungsmuster von Abgeordneten in unterschiedlichen Parteifamilien geben sollte, müssten sich auch Unterschiede in der Zusammensetzung der von uns untersuchten Parlamente zeigen.

DATENSATZ

Für die Auswertungen wurde ein neuer Datensatz erstellt, der sowohl sozio-demografische Merkmale als auch Informationen zur politischen Biografie aller Abgeordneten der fünf nationalen Parlamente enthält. Als Informationsquellen zur Erhebung der Daten wurden maßgeblich die offiziellen Internetauftritte der nationalen Parlamente sowie die persönlichen Internetauftritte der Abgeordneten verwendet. Alle mit der Datenerhebung betrauten Personen sprechen die Landessprache des jeweiligen Landes fließend und sind mit dem jeweiligen politischen System vertraut, sodass eine möglichst exakte Erfassung der benötigten Informationen gewährleistet war.³

In Bezug auf die politische Biografie wurde das Jahr erhoben, in dem die Abgeordneten zum ersten Mal in das nationale Parlament gewählt worden sind. Daneben wurde kodiert, über welche Partei (bzw. Wahlliste) die Person in das Parlament eingezogen ist. Um die Parteizugehörigkeit ländervergleichend analysieren zu können, wurden die einzelnen Parteien zu Parteifamilien zugeordnet, welche die ideologische Ausrichtung der Parteien kennzeichnen. Die Parteien wurden in Anlehnung an die Kategorisierung von Armingeon et al. (2021) kodiert und folgenden Parteifamilien zugeordnet: *linke Parteien*, die sowohl sozialdemokratische als auch sozialistische/kommunistische Parteien umfassen; *grüne* bzw. *ökologische Parteien*; *Mitte-rechts-Parteien*, denen liberale, konservative und konservativ-religiöse Parteien zugeordnet wurden; *radikal rechte Parteien*, die rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien beinhalteten; sowie *regionale Parteien*, welche die Vertretung einer bestimmten Region oder Ethnie innerhalb eines Landes als ihre Kernaufgabe begreifen.

Um die sozio-demografischen Hintergründe der Abgeordneten zu erfassen, wurden Alter, Geschlecht, Bildung und soziale Klasse – operationalisiert durch Berufsgruppen – erhoben. Anhand ihres höchsten Bildungsabschlusses wurden die Abgeordneten in drei Bildungsgruppen eingeteilt:

³ Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich bei Emad Al Hayek, Hanna-Maria Paul, Susanna Seperant, Steffen Verheyen und Mustafa Yildiz für ihre hervorragende Mitarbeit bedanken.

Personen mit *niedriger formaler Bildung* ohne sekundären Schulabschluss, Personen mit *mittlerer formaler Bildung* mit einem sekundären Schulabschluss (vergleichbar mit dem deutschen Abitur oder einer abgeschlossenen Berufsausbildung) und Personen mit *hoher formaler Bildung*, die ein (Fach-)Hochschulstudium oder eine Promotion abgeschlossen haben.

Die soziale Klasse der Abgeordneten wurde mithilfe des Klassenschemas von Oesch (2006) kodiert, welches die Klassenlage anhand der beruflichen Stellung auf dem Arbeitsmarkt definiert. Dabei wurde der letzte ausgeübte Beruf der Abgeordneten vor Eintritt ins Parlament verwendet, um den jeweiligen Beruf in das Klassenschema einzuordnen. Um veränderte Berufsstrukturen in postindustriellen Gesellschaften zu erfassen – insbesondere die Ausweitung des Dienstleistungssektors sowie die zunehmende Erwerbsarbeit von Frauen – differenziert dieses Schema Berufe entlang von zwei Dimensionen: Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, werden die Berufe zum einen anhand einer vertikalen Achse nach den Qualifikationsanforderungen eingeordnet. Auf diese Weise kann zwischen akademischen, semi-professionellen sowie Lehr- und Anlerntätigkeiten unterschieden werden. Auf der horizontalen Achse werden die Berufe zudem nach der ihnen zugrunde liegenden Arbeitslogik differenziert. Angenommen wird hierbei, dass neben der Ausbildung auch die Art der Tätigkeit die Perspektiven der Beschäftigten beeinflusst. So wird zwischen Verwaltungs- und technischen Berufen, personenbezogenen Tätigkeiten und Selbstständigkeit unterschieden. Diese zweifache Unterscheidung hilft, Unterschiede zwischen Berufsgruppen mit ähnlichen formalen Qualifikationen herauszuarbeiten.⁴

Das ursprüngliche Klassenschema nach Oesch unterscheidet zwischen 16 Erwerbsklassen, die in Abbildung 2 dargestellt sind. Neben der jeweiligen Klasse sind beispielhaft konkrete Beruf angegeben, die in die jeweilige Erwerbsklasse fallen.⁵ Eine stark vereinfachte Version des Klassenschemas fasst die 16 Erwerbsklassen in vier Kategorien zusammen, die durch die farbliche Abgrenzung in der Abbildung markiert sind. Nach diesem vereinfachten Schema werden alle akademischen Berufe innerhalb der *oberen Dienstklasse* (rot) zusammengefasst, in der neben den Arbeitnehmer_innen auch leitende Unternehmer_innen und freie Berufe eingeordnet sind. Daneben werden alle Arbeitnehmer_innen der Semi-Professionen zur *Mittelklasse* (grün) und alle Lehr- und Anlerntätigkeiten den *Arbeiter_innen* (gelb) zugeordnet. Die *Kleingewerbetreibenden* (grau) bilden die vierte Klasse. Für die Auswertungen wird sowohl auf das Vier-Klassen-Schema als auch auf das differenziertere 16-Klassen-Schema zurückgegriffen.

⁴ Mit diesem zweidimensionalen Klassenschema können bspw. Parteipräferenzen besser erklärt werden als mit einem Schema, das nur die formale Qualifikation betrachtet (vgl. Oesch 2006: 277).

⁵ Bei der Kodierung wurden die konkreten Berufe mithilfe von ISCO-Codes (*International Standard Classification of Occupations* der Internationalen Arbeitsorganisation) den Erwerbsklassen zugeordnet, um die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern zu gewährleisten.

Abbildung 2
Klassenschema mit 16 Erwerbsklassen nach Oesch

	ARBEITNEHMER_INNEN			SELBSTSTÄNDIGE	
	Administrative Arbeitslogik	Interpersonelle Arbeitslogik	Technische Arbeitslogik	Unabhängige Arbeitslogik	
Akademische Berufe	Oberes Management Wirtschaftsprüfer_innen, Ministerialbeamte_innen, Werbefachkräfte	Soziokulturelle Expert_innen Lehrkräfte im Sekundarbereich Ärzt_innen, Hochschullehrer_innen	Technische Expert_innen Ingenieur_innen, IT-Expert_innen	Freie Berufe Anwält_innen, Geschäftsführer_innen, niedergelassene Ärzt_innen, freie Unternehmensberater_innen	Unternehmer_innen , Unternehmensbesitzer_innen, Landwirt_innen
Semi-Professionen	Unteres Management Verwaltungsfachkräfte, kaufmännische Fachkräfte	Soziokulturelle Semi-Professionen Sozialarbeiter_innen, Grundschullehrkräfte	Technische Semi-Professionen Ingenieurtechnische Fachkräfte, Medizintechniker_innen	Kleingewerbe mit Beschäftigten	
Qualifizierte Lehrberufe	Qualifizierte Bürokräfte Sekretariatsfachkräfte, Lagerwirtschaft	Qualifizierte Dienstleistende Verkäufer_innen, Erzieher_innen, Hilfspflegekräfte	Facharbeiter_innen Elektromechaniker_innen, Baulektriker_innen	Kleingewerbe ohne Beschäftigte	
Anlerntätigkeiten	Routine-Bürokräfte Call-Center-Agents	Routine-Dienstleistende Kellner_innen, Reinigungspersonal, Wachschutz	Routine-Arbeiter_innen Anlagenbediener_innen, Frachtarbeiter_innen		

Neben den Erwerbsklassen nach Oesch wurde noch eine weitere Berufskategorie unterschieden, mit der erfasst wird, wie hoch der Anteil der Abgeordneten aus *politiknahen Berufen* ist. Unter diese Berufe fallen alle Tätigkeiten in Ministerien, für politische Parteien und politiknahe Stiftungen oder selbst bekleidete politische Ämter (bspw. im lokalen Stadtparlament), die vor dem Eintritt ins nationale Parlament ausgeübt worden sind. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass der Anteil dieser »Karrierepolitiker_innen« vielerorts gewachsen ist und dies auch die Inhalte und den Stil der politischen Auseinandersetzung prägt (O’Grady 2019).

3

AUSWERTUNG

In einem ersten Schritt betrachten wir die Zusammensetzung der fünf Parlamente in Bezug auf Geschlecht und Alter. Wie aus Abbildung 3 hervorgeht, variiert der Anteil der weiblichen Abgeordneten stark zwischen den untersuchten Ländern. Während in Spanien und Frankreich der Anteil mit 44 bzw. 41 Prozent am höchsten ist, liegt er in der Türkei bei nur 16 Prozent. Polen (28 Prozent) und Großbritannien (34 Prozent) liegen im Mittelfeld – hier entspricht der Frauenanteil in etwa dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Abgeordneter in europäischen Parlamenten, der bei 31 Prozent

liegt.⁶ Die Ursachen für diese Unterschiede näher zu untersuchen, geht jedoch über den Umfang dieser Studie hinaus.

Bei den in den Parlamenten vertretenen Altersgruppen ist die Heterogenität weniger groß, allerdings bestehen auch hier nennenswerte Unterschiede (siehe Abbildung 4).

⁶ Aktuelle Daten zum Frauenanteil in den Parlamenten finden sich bei der Inter-Parliamentary Union: <https://www.ipu.org/women-in-politics-2021>.

Abbildung 3
Zusammensetzung der Parlamente nach Geschlecht

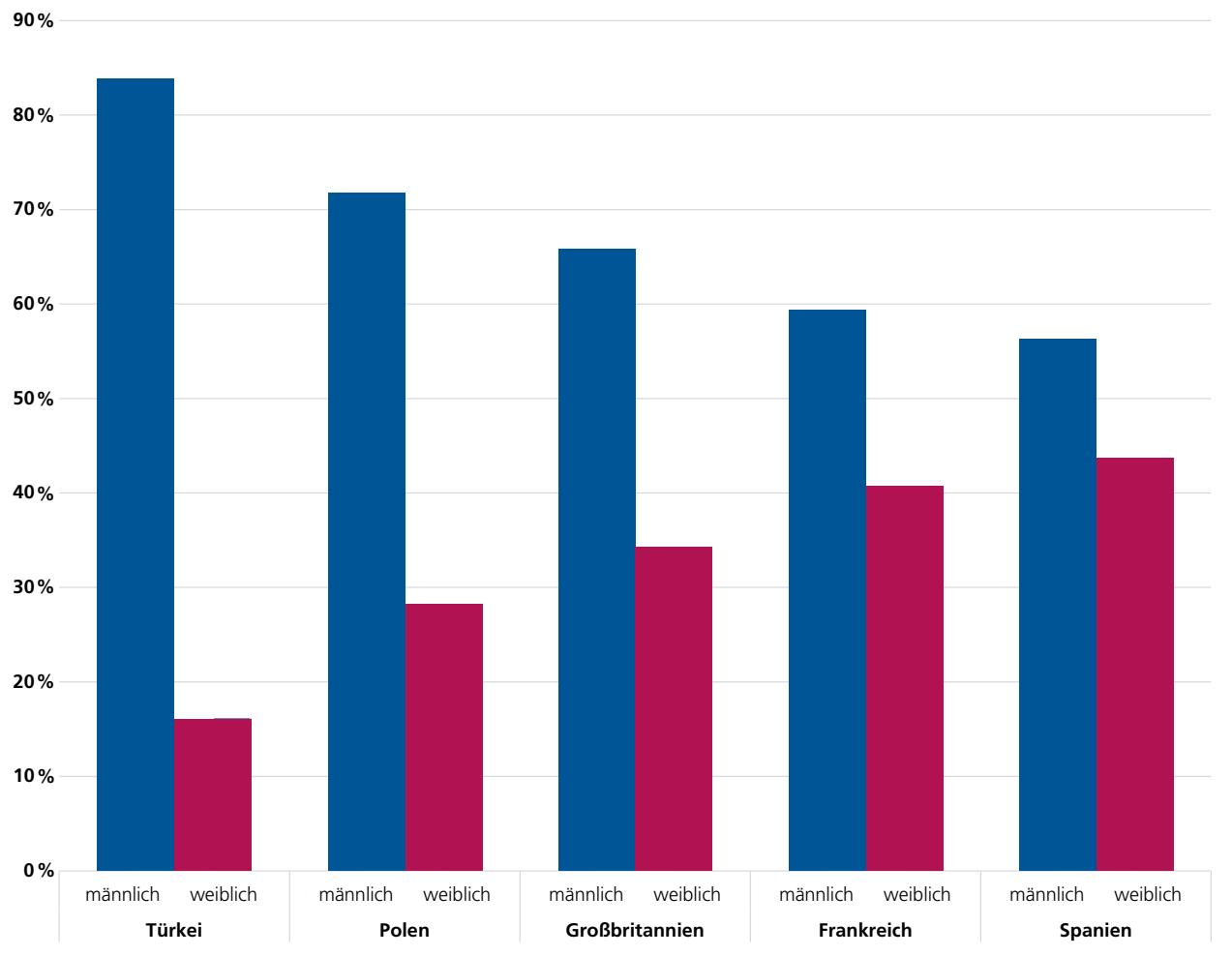
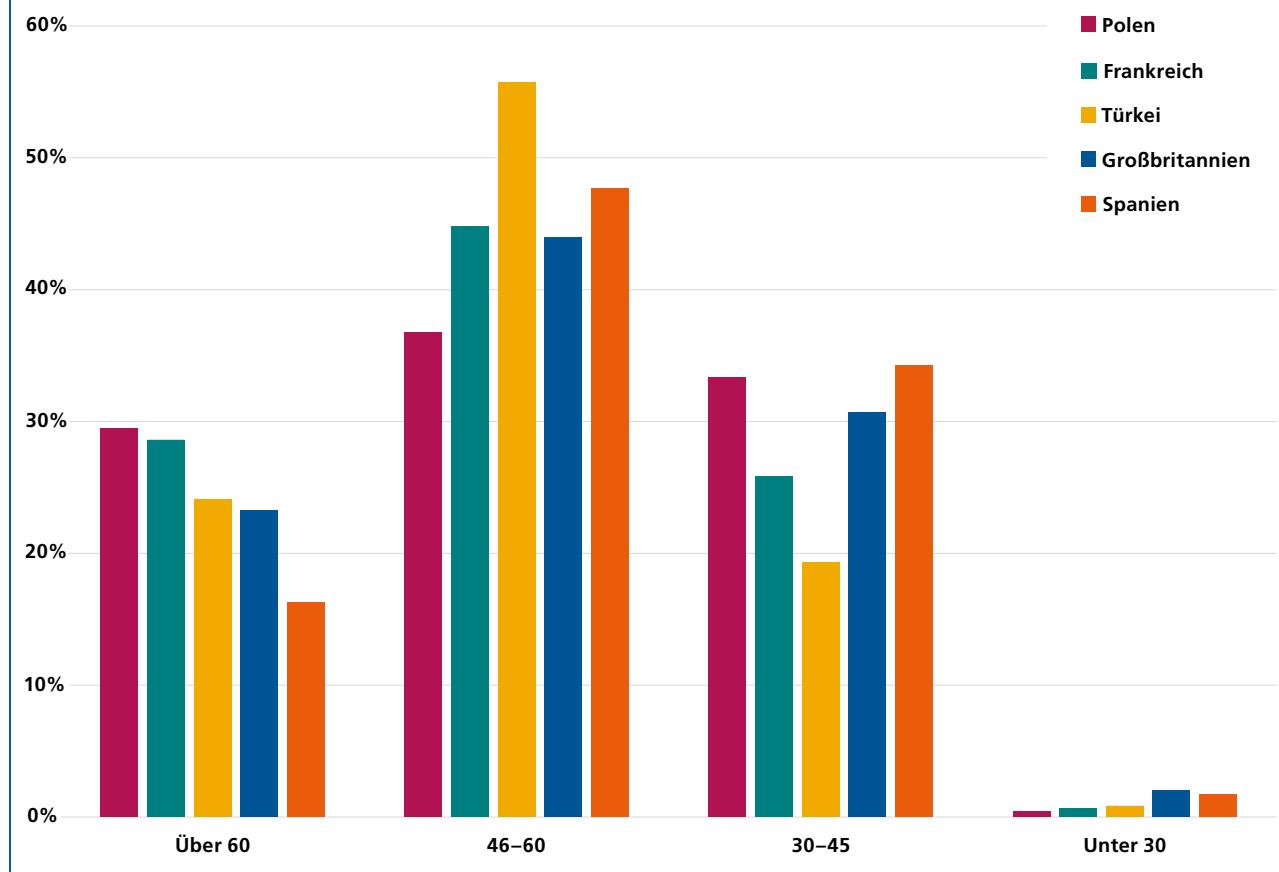


Abbildung 4
Zusammensetzung der Parlamente nach Alter



Gemeinsam ist allen untersuchten Ländern, dass die unter 30-Jährigen kaum in den Parlamenten vertreten sind, die über 60-Jährigen dagegen in fast allen Ländern zwischen 20 und 30 Prozent der Abgeordneten stellen. Eine Ausnahme bildet hier Spanien, wo der Anteil der über 60-Jährigen bei nur 16 Prozent liegt. Weiterhin ist die Gruppe der Abgeordneten zwischen 46 und 60 Jahren in allen untersuchten Ländern am stärksten vertreten.

In Bezug auf Alter und Geschlecht ist weiterhin die Frage interessant, ob der Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den jüngeren Abgeordneten systematisch höher ist als in den höheren Altersgruppen. Wäre dies der Fall, so könnte man annehmen, dass der Anteil der weiblichen Abgeordneten in Zukunft tendenziell steigen wird. Um dieser Frage nachzugehen, ist in Abbildung 5 für jedes Land die Anzahl der weiblichen und männlichen Abgeordneten nach Altersgruppen angegeben. Aus der Abbildung geht jedoch kein klares Muster hervor – stattdessen scheinen Frauen tendenziell in allen Altersgruppen unterrepräsentiert zu sein. Um dies näher zu überprüfen, sind in Abbildung 6 die prozentualen Anteile der weiblichen und männlichen Abgeordneten in jeder Altersgruppe dargestellt. Auch diese Abbildung bestätigt, dass kein einheitliches Muster im Ländervergleich erkennbar ist: Lediglich in der Türkei nimmt der Anteil der weiblichen Abgeordneten in den jüngeren Altersgruppen kontinuierlich zu. Im französischen Parlament ist der Frauenanteil in der Gruppe der

30- bis 45-Jährigen ebenfalls höher als in den älteren Altersgruppen, allerdings sind die Unterschiede weniger ausgeprägt. Dagegen ist der Frauenanteil in Polen, Spanien und Großbritannien in allen Altersgruppen ab 30 Jahren fast identisch. In der Gruppe der unter 30-Jährigen ist das Bild am wenigsten einheitlich, was aber auch an der sehr geringen Gesamtzahl von Abgeordneten in dieser Gruppe liegen kann. Während hier der Frauenanteil in Spanien und Großbritannien sogar höher ist als 50 Prozent, ist im polnischen Parlament keine einzige Frau unter 30 Jahren vertreten. Insgesamt zeigen diese Befunde, dass die Unterrepräsentation von Frauen mit dem Nachrücken jüngerer Generationen nicht zwangsläufig verschwinden wird.

Während es in Bezug auf Alter und vor allem Geschlecht deutliche Unterschiede zwischen den Parlamenten der untersuchten Länder gibt, zeigt sich in Bezug auf die Bildungsabschlüsse der Abgeordneten eine sehr große Übereinstimmung (siehe Abbildung 7). In allen untersuchten Ländern haben mindestens 85 Prozent aller Abgeordneten einen tertiären Bildungsabschluss. Menschen mit niedrigerer formaler Bildung sind – mit Ausnahme von Großbritannien – so gut wie nicht in den Parlamenten vertreten. Im polnischen Parlament hat keine einzige Person einen niedrigen formalen Bildungsabschluss, in Spanien nur ein Abgeordneter. Der Anteil der Abgeordneten mit mittlerer formaler Bildung liegt zwischen drei Prozent (Polen) und neun Prozent (Frankreich). Diese starke Dominanz

Abbildung 5
Zusammensetzung der Parlamente nach Alter und Geschlecht

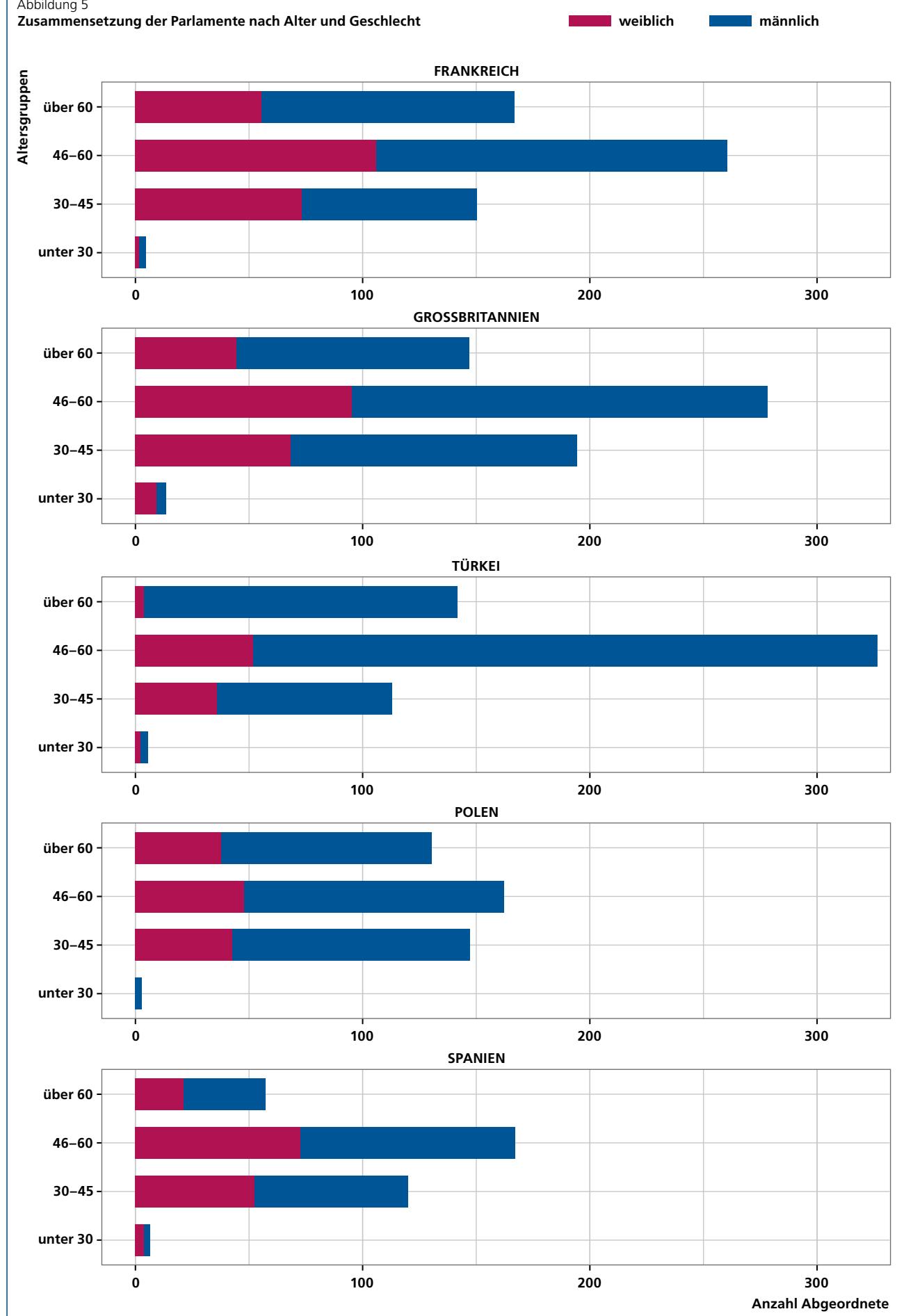
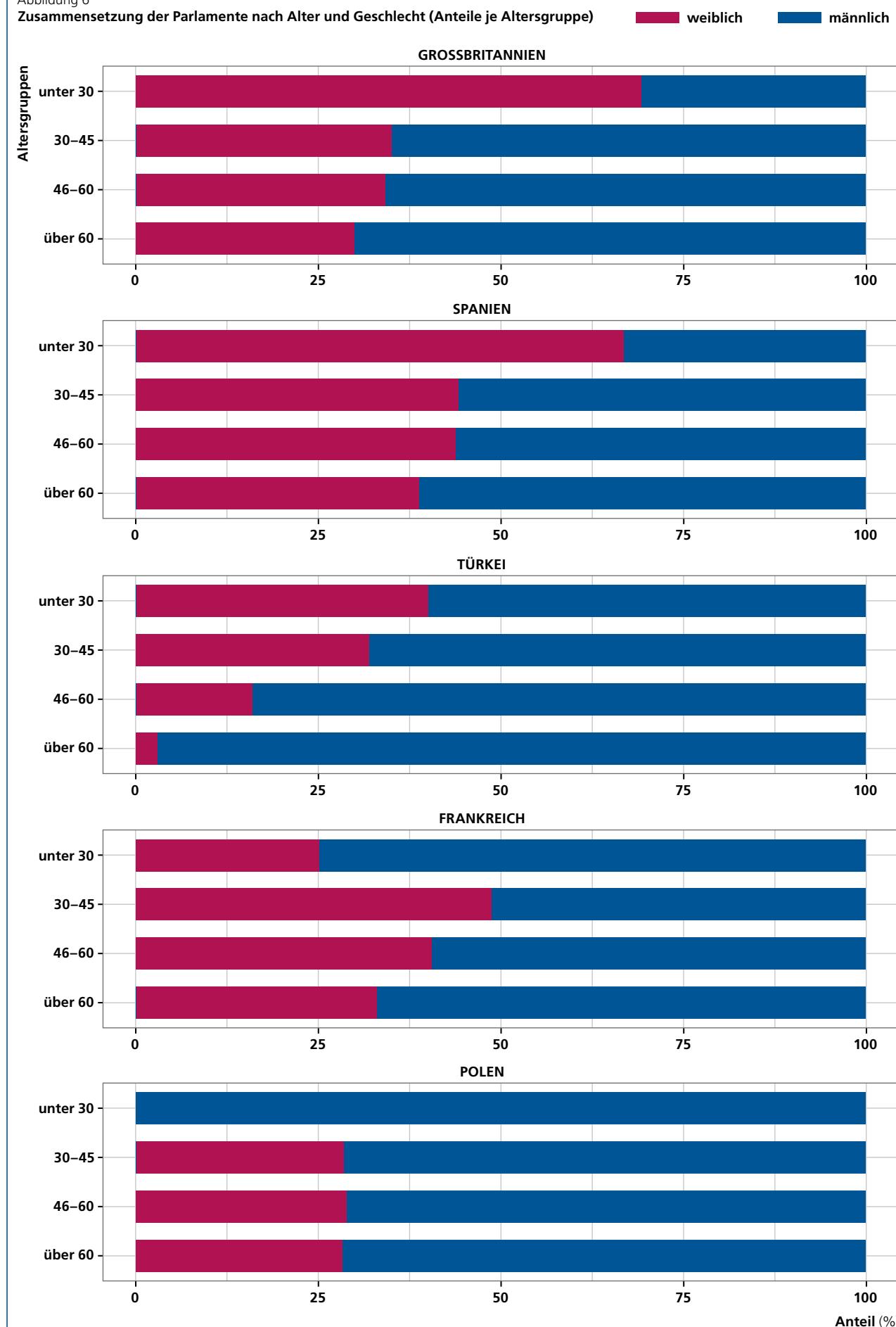


Abbildung 6



der Akademiker_innen ist bemerkenswert, weil sie trotz der starken institutionellen Unterschiede in allen untersuchten Ländern dermaßen ähnlich ist.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn wir anstatt des höchsten Bildungsabschlusses den beruflichen Hintergrund der Abgeordneten betrachten. Wie oben beschrieben, wurde für alle Abgeordneten der ausgeübte Beruf vor Eintritt ins Parlament erhoben und einer sozialen Klasse nach dem Oesch-Klassenschema zugeordnet. Der Anteil der Abgeordneten nach dem vereinfachten Vier-Klassen-Schema ist in Abbildung 8 dargestellt. Zwei Punkte sind hierbei besonders hervorzuheben: Erstens ist der Anteil der Arbeiter_innen sowie der Arbeitnehmer_innen aus der mittleren Dienstklasse sehr gering, obwohl sie zusammen genommen eine breite Mehrheit der Bevölkerung stellen. So beträgt allein der Anteil der Arbeiter_innen – nach dem Oesch-Schema Menschen, die in Lehrberufen oder Anlerntätigkeiten in administrativen, interpersonellen oder technischen Bereichen arbeiten – in den von uns untersuchten Ländern zwischen 40 und 50 Prozent der Bevölkerung.⁷ Zweitens ist der Anteil der Abgeordneten aus der oberen Dienstklasse ähnlich hoch wie der Anteil der Abgeordneten mit tertiärem Bildungsab-

schluss. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als in der oberen Dienstklasse alle akademischen Berufe unterschiedlicher Arbeitslogiken zusammengefasst sind. Anders als die grobe Einteilung nach Bildungsabschlüssen erlaubt das ausdifferenziertere 16-Klassen-Schema an dieser Stelle eine weitere Unterscheidung. So können die Abgeordneten der oberen Dienstklasse weiter unterteilt werden nach der Arbeitslogik, die ihrem jeweiligen Beruf zugrunde liegt.

Wie aus Abbildung 9 hervorgeht, zeigen sich hier bei der Zusammensetzung der Abgeordneten interessante Unterschiede zwischen den Ländern. So ist erstens insbesondere in der Türkei der Anteil der Unternehmer_innen und Abgeordneten aus freien Berufen (bspw. niedergelassene Anwälte oder Ärztinnen) mit über 30 Prozent weitaus höher als in den anderen untersuchten Ländern. Dies könnte darauf hindeuten, dass die persönlichen finanziellen Ressourcen für eine erfolgreiche Kandidatur in der Türkei besonders wichtig sind. Zudem ist die zweitgrößte Gruppe der Abgeordneten in allen Ländern, mit Ausnahme Großbritanniens, die so genannten soziokulturellen Expert_innen, wohingegen sich nur wenige Abgeordnete aus technischen akademischen Berufen in den Parlamenten finden. Lehrer_innen, Professor_innen oder angestellte Ärzt_innen sind somit sehr viel stärker vertreten als bspw. Ingenieur_innen oder IT-Spezialist_innen. Drittens hat der mit Abstand größte Anteil der Abgeordneten vor Eintritt ins Parlament in Berufen gearbeitet, die der Erwerbsklasse des »oberen Managements« zugeordnet werden können; in Spanien, Frankreich und Groß-

⁷ Diese Zahlen beruhen auf Umfrage daten des *European Social Survey* (ESS, Welle 2018) und schließen neben der berufstätigen Bevölkerung auch Rentner_innen und Arbeitslose ein, wobei in diesen Fällen der zuletzt ausgeübte Beruf betrachtet wird. Für die Türkei liegen im ESS keine verlässlichen Daten zu den Erwerbsklassen vor.

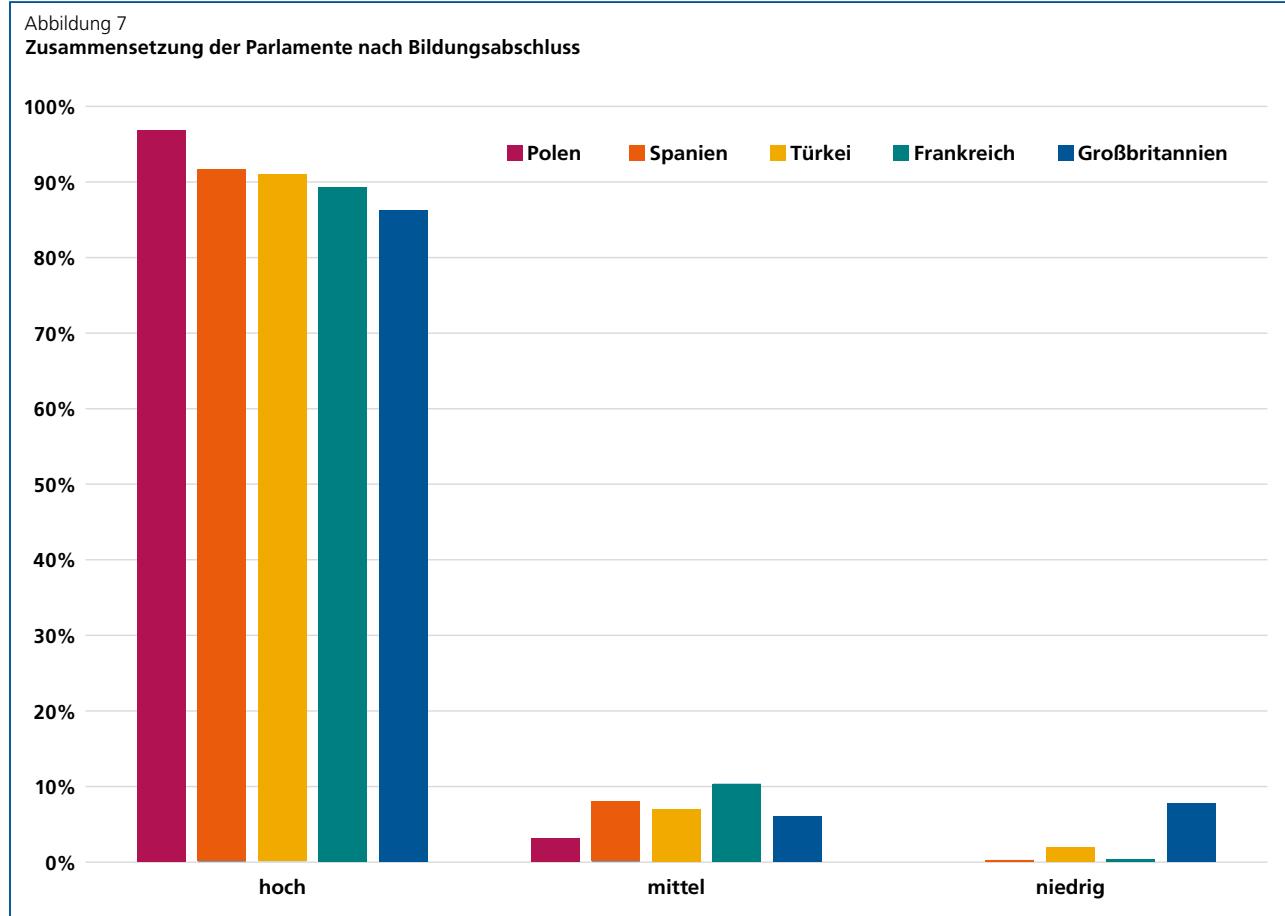


Abbildung 8
Zusammensetzung der Parlamente nach sozialer Klasse

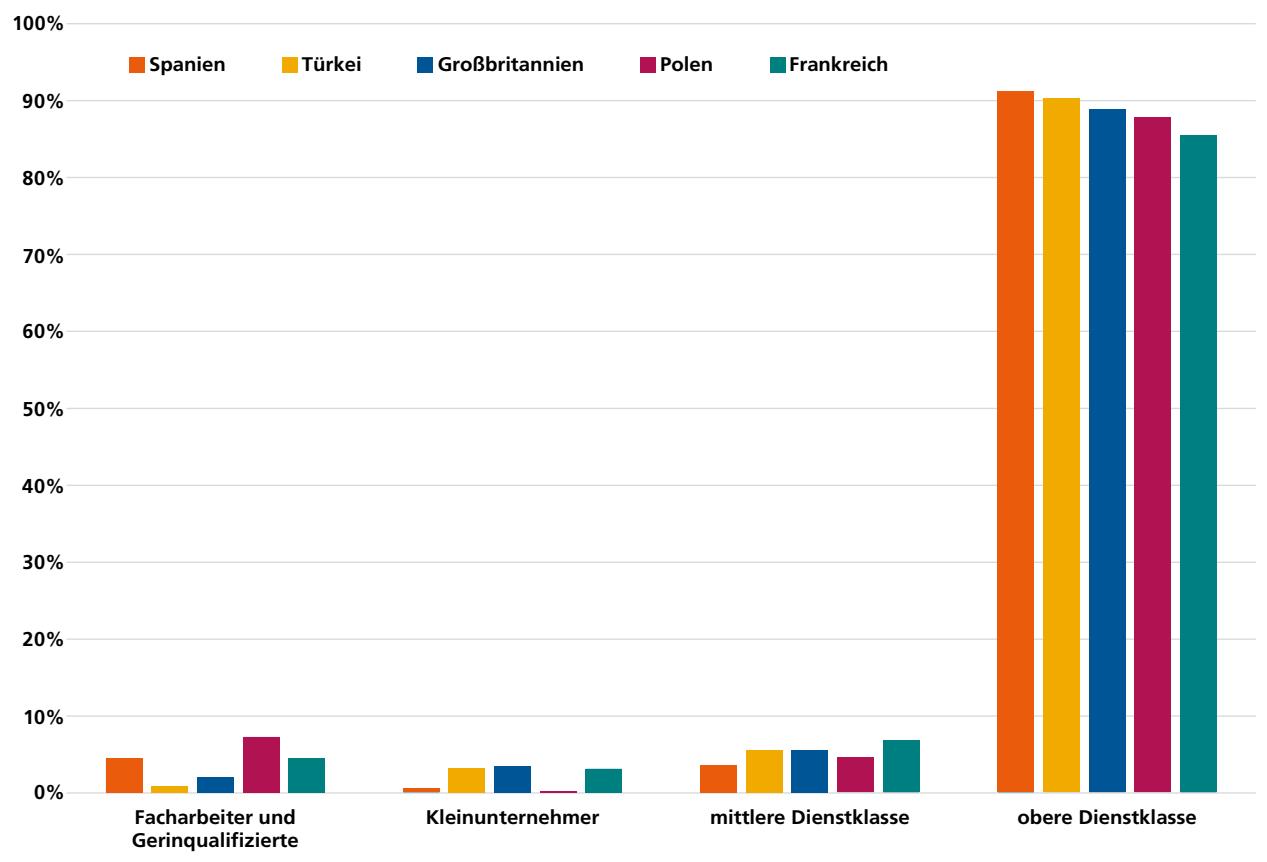


Abbildung 9
Zusammensetzung der oberen Dienstklasse in den Parlamenten

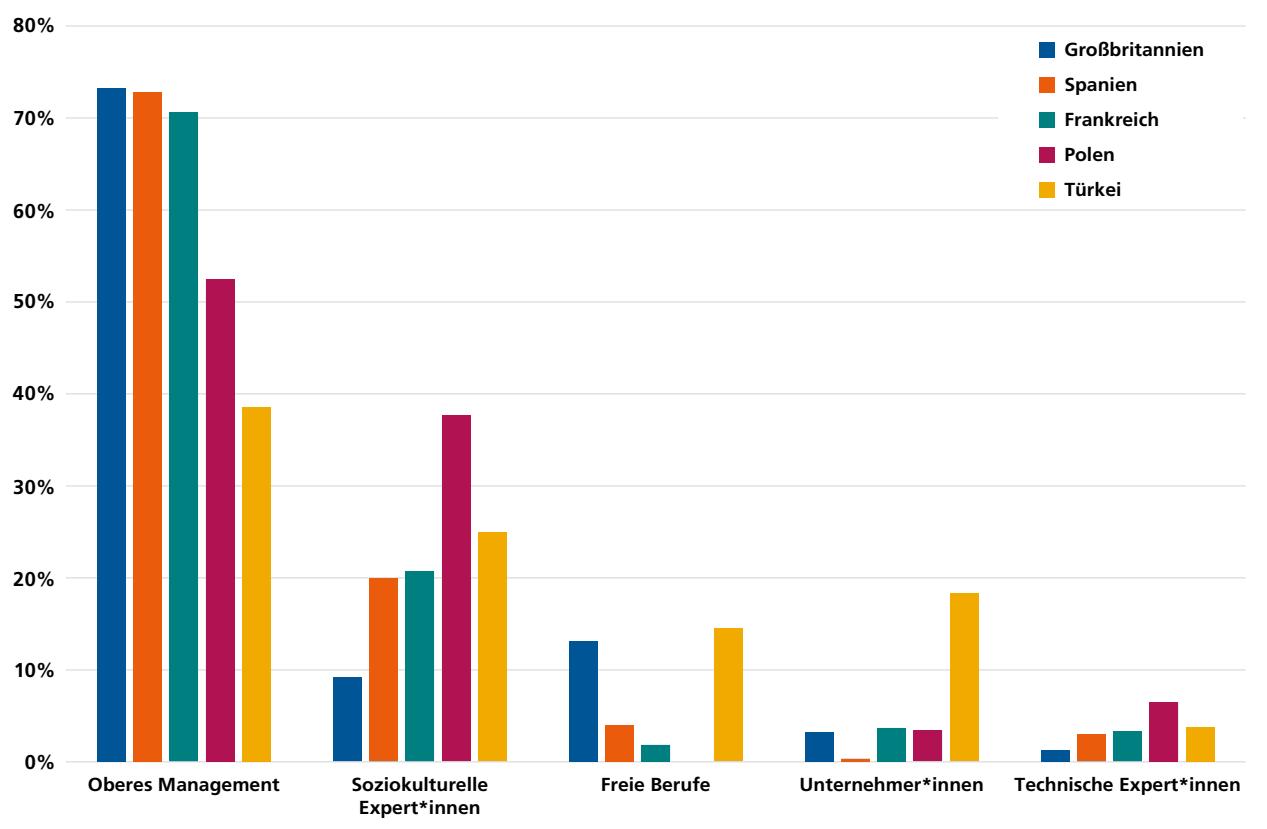
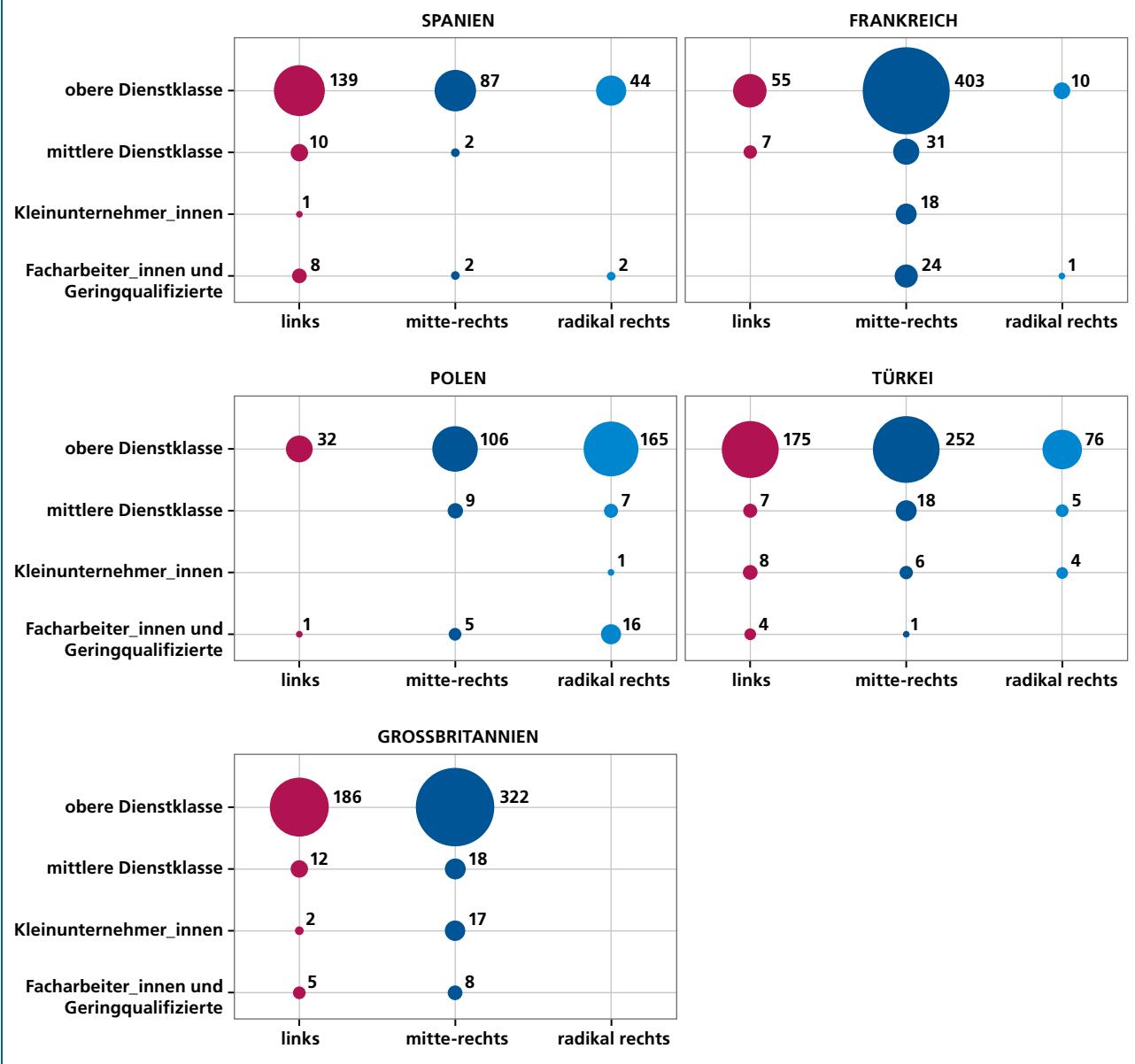


Abbildung 10
Berufsgruppen in Parteienfamilien (Anzahl Abgeordnete)



britannien liegt der Anteil sogar bei ca. 70 Prozent der Abgeordneten. Darunter fallen alle akademischen Arbeitnehmer_innen, die in Berufen mit einer administrativen Arbeitslogik arbeiten (Wirtschaftsprüfer_innen, Finanzexpert_innen, angestellte Jurist_innen etc.). Diese Gruppe enthält auch alle politiknahen Berufe – beispielsweise Referent_innen für Abgeordnete oder in Ministerien, Stellen in parteinahen Stiftungen oder politische Ämter auf anderen Ebenen (bspw. Abgeordnete im Landesparlament oder Bürgermeister_innen).⁸ Besonders groß ist diese Gruppe der politiknahen Berufe in Spanien, Frankreich und Großbritannien, etwas kleiner hingegen in Polen und der Türkei.

In einem letzten Schritt werfen wir einen Blick auf die Frage, ob sich die Parteien darin unterscheiden, wie viele Arbeiter_innen sie in die Parlamente schicken. Dabei konzentrieren wir uns aufgrund der geringen Fallzahlen auf linke, Mitte-rechts- und radikal rechte Parteien. Zunächst fällt in Abbildung 10 auf, wie gering die Anzahl der Facharbeiter_innen und Geringqualifizierten in allen Parteien und Ländern ist. Nirgends kommen mehr als zehn Prozent der Abgeordneten aus diesen sozialen Klassen. Am höchsten ist der Anteil in Polen, wo 16 von 189 Abgeordneten der rechten Parteien der Arbeiterklasse zugerechnet werden können. Dieses Muster bestätigt sich in den anderen Ländern jedoch nicht. In Spanien sind es die linken Parteien, die sowohl relativ als auch absolut die meisten Arbeiter_innen als Abgeordnete stellen – aber auch hier ist die Anzahl sehr gering (8 von 158. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass gegenwärtig keine Parteifamilie (mehr) als Repräsentantin der Arbeiterklasse fungiert.

⁸ Ob es sich dabei stets um »Karrierepolitiker_innen« handelt, die zuvor keinen Beruf außerhalb der Politik ausgeübt haben, lässt sich mit unseren Daten nicht abschließend beantworten, weil wir die Lebensläufe nicht vollständig erfassen konnten. Die Kategorie dient somit lediglich als Annäherung.

4

FAZIT

Zu keiner Zeit waren Parlamente ein perfektes Abbild der Bevölkerung, und nicht jede Abweichung zwischen Repräsentant_innen und Repräsentierten ist politisch relevant. Doch je stärker sich Lebenssituationen, Aufstiegschancen und Diskriminierungserfahrungen zwischen sozialen Gruppen unterscheiden, desto wichtiger ist es, dass sozial Benachteiligte auch in den Repräsentationsorganen vertreten sind. Deskriptive Repräsentation signalisiert nicht nur, dass diese Gruppen in der Lage sind, politische Führungsaufgaben zu übernehmen, sondern beeinflusst auch die in Parlamenten behandelten Themen und die dort getroffenen Entscheidungen. Insbesondere in Situationen, in denen mit neuen Herausforderungen umgegangen werden muss, ist es wichtig, auf vielfältige Perspektiven zurückgreifen zu können. Neben der Unterrepräsentation ressourcenärmerer Gruppen führt die zunehmende Homogenität der Lebensläufe der Abgeordneten auch zu einer Engführung der im Parlament vorhandenen Perspektiven. Während in der öffentlichen Diskussion weitgehend anerkannt wird, dass ein von weißen Männern dominiertes Parlament nicht repräsentativ ist, wird die fast vollständige Abwesenheit von Menschen ohne akademischen Abschluss seltener als Problem wahrgenommen. Seit einigen Jahren zeigt die politikwissenschaftliche Forschung jedoch, dass sich auch die sozio-ökonomische Zusammensetzung von Parlamenten auf politische Entscheidungen auswirkt.

In dieser Studie haben wir die Muster ungleicher Repräsentation für fünf Länder dokumentiert. Fünf Punkte lassen sich zusammenfassend festhalten:

1. Frauen sind in allen Ländern zu weniger als 50 Prozent repräsentiert, wobei sich das Ausmaß der Unterrepräsentation deutlich unterscheidet. In Frankreich und Spanien ist der Anteil weiblicher Abgeordneter höher als etwa in Polen oder der Türkei.
2. Jüngere Menschen sind tendenziell unterrepräsentiert, ältere hingegen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils vertreten oder sogar überrepräsentiert.
3. Menschen ohne Hochschulabschluss sind überall sehr stark unterrepräsentiert. In allen fünf Ländern lässt sich von »Akademikerparlamenten« sprechen.
4. Die Parlamente spiegeln in keiner Weise die Berufsstruktur der Bevölkerung in den untersuchten Ländern wider.

Zu einem sehr hohen Anteil gehören Abgeordnete den oberen Dienstklassen an. Arbeiter_innen schaffen es nur sehr selten in die Parlamente.

5. In vielen Parlamenten sind »Karrierepolitiker_innen« eine nennenswerte Gruppe. Diese Abgeordneten haben einen großen Teil ihres Berufslebens in politik- oder parteinahen Bereichen gearbeitet.

Die genannten Punkte werfen vor allem die Frage auf, wodurch die numerische Unterrepräsentation von Menschen aus nichtakademischen Berufen zu erklären ist. Obwohl Arbeiter_innen zu keiner Zeit gemäß ihres Bevölkerungsanteils in den Parlamenten vertreten waren, weist bestehende Forschung auf einen Trend zunehmender sozialer Schließung hin. Die Forschung zu den Ursachen dieser Entwicklung steht allerdings noch am Anfang. Einzelne Studien zeigen, dass es an verschiedenen Stellen der Auswahl- und Nominierungsprozesse strukturelle Hürden gibt, die Menschen aus weniger privilegierten sozialen Klassen vor große Herausforderungen stellen (Carnes 2018; Hemingway 2020b; Norris / Lovenduski 1995; Sojourner 2013).

Ein häufig genannter Nachteil sind die fehlenden finanziellen und zeitlichen Ressourcen, die für einen erfolgreichen Wahlkampf gebraucht werden. So zeigt Hemingway (2020b) beispielsweise anhand von Kandidat_innenbefragungen in zehn europäischen Ländern, dass Kandidat_innen aus Arbeiter_innenberufen angeben, weniger Geld für die persönliche Wahlkampffinanzierung zu haben und erst zu einem späteren Zeitpunkt »in Vollzeit« in den Wahlkampf einzutreten zu können. Neben den rein finanziellen sind es häufig auch zeitliche Ressourcen, die aufgrund der oft weniger flexiblen Arbeitsverhältnisse – und weniger unterstützenden Arbeitgeber_innen – fehlen (Norris / Lovenduski 1995: 110–113). Über die Frage der individuellen Ressourcen hinaus weisen einige Studien zudem darauf hin, dass Gewerkschaften positiv dazu beitragen (können), Menschen aus nichtakademischen Berufen zu fördern und für eine politische Karriere zu mobilisieren (Sojourner 2013; Carnes 2018).

Insgesamt rückt die Frage nach den Faktoren und Mechanismen, die zu mehr oder weniger beruflicher Vielfalt in den Parlamenten führen, gerade erst verstärkt in den Blick der sozialwissenschaftlichen Forschung – die bestehenden Arbeiten sind bisher oft auf einzelne Länder bzw. Faktoren

beschränkt. Wie die vorliegende Studie zeigt, ist diese Frage aber nicht nur für zukünftige Forschungen, sondern auch für die Qualität von demokratischer Repräsentation von Bedeutung.

Sofern für die öffentliche Debatte und den Gesetzgebungsprozess nicht allein maßgebend ist, welche Parteien in den Parlamenten vertreten sind, sondern auch, wer die konkreten Repräsentant_innen sind, kann eine sozial verzerrte Zusammensetzung auch zu verzerrten Entscheidungen führen. Ungleiche Repräsentation und ungleiche Responsivität vertragen sich somit schlecht mit dem demokratischen Versprechen politischer Gleichheit.

REFERENZEN

- Armingeon, Klaus / Engler, Sarah / Leeman, Lucas** (2021): Comparative Political Data Set 1960–2019.
- Baker, Andy / Cook, Corey** (2005): Representing Black Interests and Promoting Black Culture: The Importance of African American Descriptive Representation in the U.S. House, in: *Du Bois Review: Social Science Research on Race* 2 (2), S. 227–246.
- Barnes, Tiffany D. / Gregory W. Saxton** (2019): Working-Class Legislators and Perceptions of Representation in Latin America, in: *Political Research Quarterly* 35 (1), S. 1–19.
- Best, Heinrich** (2007): New Challenges, New Elites? Changes in the Recruitment and Career Patterns of European Representative Elites, in: *Comparative Sociology* 6, S. 85–113.
- Borwein, Sophie** (2021): Do ministers' occupational and social class backgrounds influence social spending?, in: *Politics, Groups, and Identities*, S. 1–23, <https://doi.org/10.1080/21565503.2020.1854792>.
- Bovens, Mark A. P. / Wille, Anchrit** (2017): *Diploma Democracy: The Rise of Political Meritocracy*, Oxford: Oxford University Press.
- Broockman, David E.** (2013): Black Politicians Are More Intrinsically Motivated to Advance Blacks' Interests: A Field Experiment Manipulating Political Incentives, in: *American Journal of Political Science* 57 (3), S. 521–536.
- Carnes, Nicholas** (2012): Does the Numerical Underrepresentation of the Working Class in Congress Matter?, in: *Legislative Studies Quarterly* 37 (1), S. 5–34.
- Carnes, Nicholas** (2013): *White-Collar Government. The Hidden Role of Class in Economic Policy Making*, Chicago: Chicago University Press.
- Carnes, Nicholas** (2015): White-Collar Government in the United States, in: *Swiss Political Science Review* 21 (2), S. 213–221.
- Carnes, Nicholas** (2018): *Cash Ceiling. Why only the Rich run for Office-and what we can do about it*, Princeton: Princeton University Press.
- Elsässer, Lea / Schäfer, Armin** (2018): Die politische Repräsentation von Frauen und der Umbau des Sozialstaats, in: *Politische Vierteljahrschrift* 59, S. 659–680.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin** (2021): Not just money: Unequal responsiveness in egalitarian democracies, in: *Journal of European Public Policy* 28 (12), S. 1890–1908.
- Espríto-Santo, Ana / Freire, André / Serra-Silva, Sofia** (2020): Does women's descriptive representation matter for policy preferences? The role of political parties, in: *Party Politics* 26 (2), S. 227–237.
- Fortin-Rittberger, Jessica / Eder, Christina / Kroebel, Corinna / Marent, Vanessa** (2017): How Party Systems Shape Local–National Gender Gaps, in: *Government and Opposition* 54 (1), S. 52–74.
- Funk, Kendall D. / Philips, Andrew Q.** (2019): Representative Budgeting: Women Mayors and the Composition of Spending in Local Governments, in: *Political Research Quarterly* 72 (1), S. 19–33, <https://doi.org/10.1177/1065912918775237>.
- Gilens, Martin / Page, Benjamin I.** (2014): Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens, in: *Perspectives on Politics* 12 (3), S. 564–581.
- Griffiths, A. Phillips / Richard Wollheim** (1960): Symposium: How Can One Person Represent Another?, in: *Proceedings of the Aristotelian Society, Supplementary Volumes* 34, S. 187–224.
- Hayo, Bernd / Neumeier, Florian** (2012): Leaders' Impact on Public Spending Priorities: The Case of the German Laender, in: *Kyklos* 65 (4), S. 480–511.
- Heath, Oliver** (2018): Policy Alienation, Social Alienation and Working-Class Abstention in Britain, 1964–2010, in: *British Journal of Political Science* 48 (4), S. 1053–1073.
- Heidar, Knut / Pedersen, Karina** (2006): Party Feminism: Gender Gaps within Nordic Political Parties, in: *Scandinavian Political Studies* 29 (3), S. 192–218.
- Hemingway, Alexander** (2020): Does Class Shape Legislators' Approach to Inequality and Economic Policy? A Comparative View, in: *Government and Opposition* (online first), S. 1–24, <https://doi.org/10.1017/gov.2020.27>.
- Hemingway, Alexander** (2020b): *The unequal descriptive and substantive representation of class*, University of British Columbia, PhD thesis, <https://open.library.ubc.ca/collections/ubctheses/24/items/1.0395384>.
- Kitschelt, Herbert / Rehm, Philipp** (2014): Occupations as a Site of Political Preference Formation, in: *Comparative Political Studies* 47 (12), S. 1670–1706.
- Kroeber, Corinna / Marent, Vanessa / Fortin-Rittberger, Jessica / Eder, Christina** (2019): Still a glass ceiling? Tracing the limits to women's representation in elected office, in: *Comparative European Politics* 17 (1), S. 112–131.
- Mansbridge, Jane** (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent Yes, in: *The Journal of Politics* 61 (3), S. 628–657.
- Matthews, Austin S. / Kerevel, Yann P.** (2021): The Nomination and Electoral Competitiveness of Working Class Candidates in Germany, in: *German Politics*, (online first), S. 1–17, <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1874935>.
- Norris, Pippa / Lovenduski, Joni** (1995): *Political Recruitment: Gender, Race and Class in the British Parliament*, Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Grady, Tom** (2019): Careerists Versus Coal-Miners: Welfare Reforms and the Substantive Representation of Social Groups in the British Labour Party, in: *Comparative Political Studies* 52 (4), S. 544–578.
- Oesch, Daniel** (2006): *Redrawing the Class Map: Stratification and institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Hounds mills / Basingstoke / Hampshire / New York: Palgrave Macmillan.
- Owens, Chris T.** (2005): Black Substantive Representation in State Legislatures from 1971–1994, in: *Social Science Quarterly* 86 (4), S. 779–791.
- Phillips, Anne** (1995): *The Politics of Presence. The Political Representation of Gender, Ethnicity, and Race*, Oxford: Oxford University Press.
- Pitkin, Hanna Fenichel** (1967): *The Concept of Representation*, Berkeley / Los Angeles / London: University of California Press.
- Schäfer, Armin** (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Schakel, Wouter** (2021): Unequal Policy Responsiveness in the Netherlands, in: *Socio-Economic Review* 39(1), S. 37–57.
- Sojourner, Aaron J.** (2013): Do Unions Promote Members' Electoral Office Holding? Evidence from Correlates of State Legislatures' Occupational Shares, in: *International Labor Relations Review* 66 (2), S. 467–486.
- Wängnerud, Lena** (2009): Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation, in: *Annual Review of Political Science* 12 (1), S. 51–69.
- Wängnerud, Lena / Sundell, Anders** (2012): Do politics matter? Women in Swedish local elected assemblies 1970–2010 and gender equality in outcomes, in: *European Political Science Review* 4 (1), S. 97–120.
- Williams, Melissa S.** (1998): *Voice, Trust, and Memory. Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation*, Princeton: Princeton University Press.

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

Lea Elsässer ist Postdoktorandin am Institut für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Sie forscht zu den Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf politische Repräsentation. In ihrer Dissertation untersuchte sie den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Responsivität in Deutschland.

Armin Schäfer ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der empirischen Demokratieforschung und er untersucht insbesondere den Zusammenhang von sozialer und politischer Gleichheit.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
FES Regionalbüro für Internationale Zusammenarbeit
Reichsratsstr. 13/5
A-1010 Wien
E-Mail: info.vienna@fes.de

Inhaltliche Verantwortung:
Johanna Lutz, Leiterin, Demokratie der Zukunft

Projektmanagement:
Michael Jennewein, Referent für Demokratie und Ökonomie, Demokratie der Zukunft

Kontakt/Bestellung: democracy.vienna@fes.de

Gestaltung: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-160-1

© 2022



www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen

UNGLEICHE DEMOKRATIEN: WER SITZT (NICHT) IM PARLAMENT?

Die soziale Zusammensetzung der Parlamente in fünf OSZE-Ländern



Die meisten Parlamente reicher Industriekulturen sind heute weiblicher und weniger »weiß« als noch vor einigen Jahrzehnten. Vielerorts ist die Unterrepräsentation zwar noch immer eklatant, in der Tendenz jedoch steigt die politische Inklusion. Zur gleichen Zeit hat sich ein anderer Trend vollzogen, der auf eine zunehmende Ex- statt Inklusion in legislativen Organen hinweist. So ist in den letzten Jahrzehnten eine »Akademisierung« der politischen Elite zu beobachten, die mit einem generellen Rückzug sozial weniger privilegierter Schichten aus dem politischen Prozess einhergeht. Gleichzeitig weisen aktuelle Forschungen darauf hin, dass die soziale Zusammensetzung der Parlamente nicht folgenlos für die dort getroffenen politischen Entscheidungen bleibt.



Vor diesem Hintergrund untersucht diese Studie die soziale Zusammensetzung der aktuellen Parlamente in fünf OSZE-Ländern nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung und soziale Klasse. Dabei sind die untersuchten Länder Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien und die Türkei so gewählt, dass sie in institutioneller Hinsicht sowie in Bezug auf die aktuelle parteipolitische Zusammensetzung der Parlamente eine breite Varianz abdecken. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Frauen in allen Ländern zu weniger als 50 Prozent repräsentiert sind, das Ausmaß der Unterrepräsentation sich zwischen den Ländern aber stark unterscheidet. Über alle Länder hinweg sind zudem jüngere Menschen unterrepräsentiert.



Die stärkste Homogenität zeigt sich bei dem Bildungsabschluss und der sozialen Klasse, die wir über Berufsgruppen erfasst haben. In allen fünf Ländern liegt der Anteil der Akademiker_innen beziehungsweise Menschen aus oberen Dienstklassen bei über 85 Prozent, während Arbeiter_innen und Menschen aus den mittleren Dienstklassen es nur sehr selten ins Parlament schaffen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Forschung liegen diese Befunde nahe, dass die fast vollständige Abwesenheit von Menschen ohne akademischen Abschluss auch zu einer mangelnden Wahrnehmung ihrer Perspektiven im politischen Prozess führen kann.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
democracy.fes.de